

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 16 (1936-1937)
Heft: 2

Artikel: Staat und politische Beeinflussung von aussen : was die Geschichte lehrt
Autor: Bürki, Fritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158179>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

rung des Kaisertums in Deutschland und des Thrones in Wien sah. Ohne diese Verbindung sei Habsburgs Krone und die Einheit Deutschlands in Gefahr, argumentierte Eugen. Die Denkschrift blieb unbeantwortet.

Durch und durch krank kehrte Eugen nach Wien zurück. Der Greis schränkte seine Staatsgeschäfte ein und zog sich zurück, mehr seinen Büchern und der Freundschaft mit der Gräfin Batthyany lebend. Ohne Todeskampf entschlief Prinz Eugen am 21. April 1736 auf seinem Schloß Belvedere.

Staat und politische Beeinflussung von außen.

Was die Geschichte lehrt.

Von Fritz Bürki.

Unmittelbar nach dem Weltkrieg vollzog sich unter den europäischen Staaten eine demokratische Gleichschaltung. Es gab, von Rußland abgesehen, kein europäisches Land, das außerhalb der Gemeinschaft der demokratisch-parlamentarisch regierten Staaten gestanden hätte. Seither ist das anders geworden. Nachdem auch Deutschland die schon lange lockere Front verlassen hat, steht der parlamentarische Gedanke in einer scharfen Krise. Neue, fremde Gedankenwelten lagern am Horizont und drohen hereinzubrechen in unsere Welt gewordener politischer Überzeugungen und Einrichtungen. Neue, fremde Lehren von Staat, Volk und Regierung finden allerorten Verkünder, und was uns seit hundert, ja vielhundert Jahren gesicherter Besitz war, ist auf einmal in Frage gestellt.

Nicht zum erstenmal in der Geschichte ist der Schweizer in seinem Schweizertum bedroht. Da mag es gut sein, im Buch der Vergangenheit rückwärts zu blättern und zu sehen, wie ein früheres Geschlecht in ähnlicher Lage die Probe bestand.

Als mit der französischen Revolution 1789 die große Zeitenwende anbrach, steckte die Schweiz noch im mittelalterlichen Kleid. Sie war, als Ganzes, kein Staat, nicht einmal ein Staatenbund. Die Einheit der Schweiz war mehr eine Idee als eine Wirklichkeit. Die Kantone trugen ebenfalls noch das mittelalterliche Gewand. Auch hier keine Gesamtverfassung, vielmehr verschiedene Rechtskreise: die Landschaften mit ihren Sonderrechten, die Landstädte mit ihren Stadtsatzungen, die Hauptstadt mit ihrem Recht. Jedes Recht war Recht für einen bestimmten Ort, für einen bestimmten Stand oder Verband: jedes Recht war Vorrecht, Privileg. Die Rechtsungleichheit ist ein Merkmal der alten Schweiz. Die Landsgemeindedemokratien machten da keine Ausnahme: mit gutem Gewissen regierten sie über Untertanenländer. Die Rechtsungleichheit wurde nicht als Unrecht empfunden; sie war im Denken und Fühlen des Volkes fest verwurzelt. Gleichheit hieß für den Schweizer Gleichheit innerhalb seines Standes oder

Verbandes. Freiheit war für ihn freie Betätigung im Rahmen der Korporation, und unter Volksherrschaft verstand er örtliche Selbstverwaltung. Das Volk spürte kein Verlangen nach politischen Rechten; es war zufrieden, daß es dem Staat auf weiten Gebieten nicht begegnete. Es erfreute sich in hohem Maße eines staatsfreien, staatsfernen Lebens: mäßige Steuern, keine Bürokratie, fast keine Polizei. Zwar fehlte es im 18. Jahrhundert nicht an Aufständen der Untertanen gegen die Herrschenden; aber sie waren unter sich ohne Zusammenhang und zündeten nicht; sie hatten örtlichen Charakter; nirgends wurde ein modernes politisches Programm in die Diskussion geworfen.

Da kam die französische Revolution. Mit ihr siegte in Frankreich eine neue Lehre von Staat und Volk. Von Amerika kam der Gedanke der Menschenrechte; von Rousseau stammte die Forderung der Volksherrschaft, von Montesquieu das Verlangen der Trennung der Staatsgewalt in die regierende, die gesetzgebende, die richtende Gewalt. Rousseaus Gedanke von der Volkssouveränität war von ungeahnter Sprengwirkung. Er zertrümmerte die unzähligen Verbände, die zusammen den alten Korporativstaat ausmachten, bis auf die Atome, die Einzelmenschen. Bisher waren die Korporationen die handelnden Einheiten gewesen; jetzt wurde der Einzelmensch aus seinem Verband herausgerissen, auf eigene Füße gestellt und mit politischen Rechten ausgestattet. Bisher konnte eine Zunft, sofern sie politischen Charakter besaß, nur als geschlossener Verband sich politisch betätigen, hatte also nur eine Stimme. Jetzt war der Einzelne politisch handlungsfähig; er war nicht mehr Genosse, sondern eine freie, d. h. von der Korporation gelöste Persönlichkeit. Für diese befreite Persönlichkeit fand man den Namen Citoyen, Bürger. Rousseau schweißte die Atome, die Bürger, zu einer einzigen großen Einheit zusammen, indem er sie unter sich einen Vertrag, den *contrat social*, schließen ließ. So entstand das Staatsvolk, Inhaber aller Gewalt im Staate, das Volk als oberster Herrscher, das seine Geschicke durch eine von ihm gewählte Behörde selber führte, durch eine Regierung, die es absetzen konnte, wenn sie sich gegen den Willen der Volksmehrheit verging.

Citoyen bedeutete nicht bloß Freiheit; der Name war zugleich das Sinnbild der Gleichheit. Im ersten Sommer der französischen Revolution fielen die Vorrechte des Ortes und der Geburt: es gab nicht Adlige mehr, nicht Geistliche, nicht Untertanen, es gab nur noch Franzosen, Bürger. Frankreich widerhallte von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Solange revolutionäre Gedanken bloß in Büchern leben, bringen sie nicht in die breiten Schichten; erst die handgreifliche revolutionäre Tat schlägt ein und reißt mit. Und erst jetzt erwacht auch jenseits der Grenzen das Interesse in größeren Kreisen; die Gemüter sind empfänglich gestimmt für das revolutionäre Gedankengut, das nun in gemeinverständlicher Sprache, in Holzschnittmanier, in Schlagworten an Mann gebracht wird. Man nennt das Propaganda. Die Geschichte lehrt, daß revolutionäre Be-

wegungen, wenn sie innerstaatlich durchgedrungen sind, die freigewordenen Energien nach außen werfen. Die französische Revolution bietet hierfür ein Schulbeispiel. Die neuen Machthaber fühlten sich als Träger einer Weltmission; ihr Ziel war die Weltbefreiung. Je gewalttätiger, blutrünstiger sich die Umwälzung im Innern anließ, desto stürmischer wurde ihre Propaganda nach außen. Unter dem Schlagwort „Krieg den Palästen, Friede den Hütten“ entfesselte die Linkspartei der Girondisten im April 1792 den Kreuzzug gegen das alte Europa. Danton bezeichnete die französische Volksvertretung, den Nationalkonvent, als das große Aufstandskomitee der Völker, und im Dezember 1792 erging an alle Nationen die feierliche Einladung zur Empörung. Hinter dem überschwänglichen Verbrüderungspathos steckten indessen sehr materielle Absichten. Es galt den alten Traum der französischen Machtpolitik, die Rheingrenze, zu verwirklichen. Darüber hinaus wollte man einen Gürtel von Republiken schaffen, die, durch die revolutionären Grundsätze untrennbar mit Frankreich verbunden, als Trabanten um den großen Planeten kreisen sollten (W. Dechli). Man sagte Freiheit und dachte Raub.

Durch tausend Kanäle drang die neue Lehre in unser Land. Die Franzosen brauchten sich nicht einmal selber zu bemühen; es fanden sich Schweizer, die sich mit Eifer an die Bearbeitung ihres Volkes machten. Eine Handvoll entwurzelter, ehrgeiziger Auslandschweizer, an der Spitze der Advokat Castella von Greherz, gründete im Sommer 1790 in Paris einen Verein, den Patriotenklub. Es gelang bald, fast alle in Paris lebenden Landsleute zum Beitritt zu bewegen; die Zahl der Mitglieder schwoll denn auch auf 400 an. Die meisten waren indessen bloße Mitläufer, die nur mit halbem Herzen mitmachten: Türhüter, kleine Kaufleute, Weinhändler. Schon der Name Klub war unschweizerisch; er stammte aus dem Wortschatz der Revolution. Der Verein hatte einen einzigen Zweck: die Revolutionierung der Schweiz. Die Klubsatzung macht kein Hehl daraus: „Das ausschließliche Ziel des Klubs“, heißt es da, „ist die Verbreitung der Freiheit in denjenigen Schweizerkantonen und zugewandten Orten, wo die Autokratie die ursprünglichen Einrichtungen verdorben hat. Alles was nicht diesem Zweck dient, wird von der Diskussion ausgeschlossen.“ Kürzer und unmißverständlicher noch drückte sich der Laufanner Advokat Pidou aus: es gelte, sagte er in der Eröffnungssitzung, *de faire une révolution en Suisse*. Alle Mitglieder — auch Frauen und Töchter hatten Sitz und Stimme — legten das Gelübde ab, mit ganzer Kraft für die „Freiheit“ des Vaterlandes, d. h. für den Umsturz, zu streiten und — in Treue der französischen Nation anzuhängen!

Welches war der Weg, auf dem das Ziel, die schweizerische Umwälzung, erreicht werden konnte? Vorerst mußte man über die in der Schweizer Bevölkerung herrschenden Stimmungen unterrichtet sein. Die führenden Köpfe des Klubs traten in brieflichen Verkehr mit Freunden, Verwandten und Gefinnungsgegnossen der Heimat. Der Briefwechsel nahm einen solchen

Umfang an, daß man sich entschloß, diesen Zweig der Propaganda einem besonderen Ausschuß, dem Helvetischen Korrespondenzbüro, zu übertragen. Statt der persönlichen Briefe wurden bald gedruckte Propagandaschriften hergestellt, von denen man sich eine weitere Verbreitung versprach. Eine Broschüre mit dem Titel „Lettres aux communes des villes, bourgs et villages de la Suisse et ses alliés ou l'aristocratie dévoilée“ wurde in tausenden von Exemplaren über die Grenze geschafft und zu Straßburg davon eine deutsche Ausgabe in einer Auflage von 8000 Stück gedruckt. Handgeschriebene Briefe gingen an die Vertrauensleute in den einzelnen Gemeinden; gedruckte Broschüren und Flugblätter wandten sich an jedermann. Mit Vorliebe wurden die Gemeindevorsteher bedacht. Besondere Aufmerksamkeit schenkte das Büro auch den Besitzern bekannter Gasthöfe; sie sollten ihren ausgedehnten Kundenkreis bearbeiten. Den Wirten zum Weißen Kreuz und zum Schwarzen Adler in Solothurn, zu den Drei Königen in Basel, zum Storch und zum Schlüssel in Bern flatterten alle paar Tage Werbeschriften ins Haus.

Menschenrecht, Gleichheit, Demokratie sind die festen Themen, die in diesen Pamphleten immer neu abgewandelt werden. Aber der Klub begnügte sich nicht mit allgemeinen Redensarten und revolutionären Tiraden; man gab auch praktische Winke für den Umsturz. Hier der gekürzte Wortlaut eines Briefes an einige Freiburger Gemeinden, wo die Saat des Aufwuhrs offenbar schon kräftig sproßte. „Liebe Freunde und Brüder! Wir beglückwünschen euch zu dem Mut, mit dem ihr versucht, euch von Zinsen und Steuern zu befreien, die man euch ungerechterweise zahlen läßt. Es ist Zeit, daß die Völker Augen und Mund auf tun. Ihre Blindheit und ihr Schweigen haben den sogenannten Herrschern zulange gestattet, sie zu narren, zu unterdrücken, zu erniedrigen und wie Schafe zu scheren. Das schreit zum Himmel und heischt Rache. Doch begnügt euch nicht damit, allein zu handeln. Ratschlagt mit den andern Gemeinden. Die Gemeinden müssen Abgeordnete wählen und diese sich vereinigen. Lest, lest immer wieder unsere gedruckten Briefe. Wir sind in Brüderlichkeit eure Freunde und Brüder: Der Klub der Schweizerpatrioten: Castella, Präsident, Louis Rey, Sekretär. Paris, am 28. Mai 1791, im 2. Jahr der französischen Freiheit.“

Der Klub arbeitete darauf hin, Vertreter sämtlicher Gemeinden der Schweiz in einem Juradorf zusammenzurufen; sie sollten gemeinsam den Kantonsregierungen ihre Forderungen stellen und im Fall der Ablehnung bewaffnet losgehen und die Revolution entfesseln. Der Klub hatte bereits eine schweizerische Gesamtverfassung in der Schublade.

Die Gesellschaft ging indessen ein, bevor ihr Weizen voll zu blühen begann. Geldklemme, Unlust bei den Mitgliedern, Streit der Führer, viel Menschliches-Allzumenschliches, vor allem aber der Mangel an einer imponierenden, mitreißenden Gestalt führten im August 1791 nach kaum 14-monatiger Tätigkeit das Ende herbei. Der Klub hatte es nicht einmal

verstanden, die Gunst der Pariser Machthaber zu gewinnen, trotzdem oder gerade weil er ihre Kreatur war und sich vor ihnen als Kreatur benahm. Als er eine feierlich aufgezogene Abordnung in die Nationalversammlung schickte, wurde sie dort mit Lärm und Lachen empfangen.

Frankreich stand seit 1792 mit halb Europa im Krieg und mußte damals die schweizerische Neutralität zu schätzen; sie deckte auf eine Strecke von 280 km die französische Grenze und ermöglichte zudem die notwendige Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr aus dem Ausland. Es lag nun nicht im Interesse Frankreichs, die Schweiz durch Anzettlung innerer Unruhen zu schwächen; die Propaganda flaute ab. Das änderte, als Spanien und Preußen, dann auch Österreich vom Kampf abließen. Der General Bonaparte, der seit dem italienischen Feldzug in der französischen Außenpolitik den Ausschlag gab, forderte jetzt aus strategischen, finanziellen und politischen Gründen die Gleichschaltung der Schweiz. Seit dem Spätherbst 1797 war man in Paris zum Krieg entschlossen. In Paris wußte man genau, daß das Evangelium der Gleichheit einen Staatenverband sprengen mußte, der als Ganzes und in seinen Gliedern auf der Ungleichheit fußte. Und darauf hatte man es abgesehen.

Während die Einfallstruppen an der Schweizergrenze zusammengezogen wurden, entfesselte der neue französische Agent in der Schweiz, Mengaud, unterstützt von einem Rudel bezahlter Agitatoren, einen hemmungslosen Propagandafeldzug im Lande, der alles frühere weit überbot. Unverhüllt wurde zur Dienstverweigerung und zur offenen Empörung geheßt. Was sich Mengaud alles erlauben durfte, zeigt die Proklamation „An die wackern Bewohner der Schweiz, besonders die Berner“, wo es heißt: „Eure Obrigkeiten betrügen euch, wenn sie mit frecher Stimme euch verkünden, daß die französische Republik sich eures Bodens bemächtigen wolle; sie ist viel zu edelmütig, um sich für einen Schutz bezahlt zu machen, den sie für jedes unterdrückte Volk bereit hält. Sie kennt in Helvetien nur einen Feind und dieser ist noch vielmehr der eure. Es ist der Magistrat von Bern, dieser wahnsinnige Tyrann... Erwachet endlich, brave Einwohner der Schweiz! Die Waffen, womit eure Tyrannen euch ausgerüstet haben: kehrt sie gegen eure Beherrscher!“ Und gleichzeitig ließ Mengaud das „Waterunser eines echten freien Schweizlers“ verbreiten, das folgendermaßen beginnt: „Wilhelm Tell, der du bist der Stifter unserer Freiheit, dein Name werde geheiligt in der Schweiz, dein Wille geschehe auch jetzt bei uns...“.

Unterdessen war in Paris wieder eine Art Schweizerklub entstanden, der sich zum Teil aus den Mitgliedern des frühern zusammensetzte und im Waadtländer Friedrich Cäsar Zaharpe einen begabten und unbedenklichen Führer besaß. Ihre Aufgabe sah die neue Gesellschaft nicht so sehr in der Propaganda, die die Franzosen ja selber besorgten, als vielmehr darin, die französische Regierung zur Eile anzutreiben und ihr die rechtlichen Vorwände zum Einmarsch in die Hände zu spielen.

Die Abwehr gegen die fremde Wühlarbeit war schwach. Die Kantonsregierungen beschränkten sich auf Polizeimaßnahmen. Die bernischen Amtleute erhielten anfangs der 90er Jahre Weisung, die Hausierer auf Flugblätter und Broschüren untersuchen zu lassen; die Postbüros wurden überwacht und die französischen Zeitungen nach Möglichkeit abgefangen. Uri ließ die Schriften des Schweizerklubs zu Altdorf durch den Hefker öffentlich verbrennen, und Freiburg setzte einen Preis auf die Köpfe der Räbelsführer des Patriotenvereins. Zu einer umfassenden, gesamtteidgenössischen, energischen Aktion raffte man sich nicht auf, und vor allem unterließ man es, der Wühlerei mit einer kraftvollen, planmäßigen Gegenpropaganda entgegenzuwirken, die an das Schweizertum, an den Schweizerstolz appellierte. So kann es nicht überraschen, daß die fremde Saat hier und dort Wurzel faßte und aufging. Die geringste Widerstandskraft zeigten naturgemäß die Bewohner der kantonalen und gemeinschweizerischen Untertanengebiete.

Als Bonaparte im Oktober 1797 unter dem Stichwort „Kein Volk darf Untertan eines andern sein“ das Veltlin von Bünden losriß und sich in der Schweiz kein Finger dagegen rührte, wußte man in Frankreich, daß man die Schweiz dort hatte, wo man sie haben wollte. Sogar unter den Regierenden fanden sich Leute, die gewonnen waren, so der Basler Oberzunftmeister Peter Ochs, der nach eigenem Geständnis vor Freude außer sich geriet, als die Franzosen im Dezember 1797 in Biel einrückten. Im allgemeinen Einsturz, der nun folgte, bewies neben den Urkantonen Bern am meisten innern Halt; hier versagte die Regierung, nicht das Volk, das sich von Schlagworten nicht hatte verwirren lassen.

* * *

Nun liegt sicher dem und jenem Leser längst ein Einwand auf der Zunge. Gewiß, wird man sagen, sind die Methoden und Absichten, mit denen die revolutionären Gedanken in der Schweiz verbreitet und schließlich durchgesetzt wurden, verwerflich; aber die Propaganda hatte doch das Verdienst, Gedanken, denen auch bei uns die Zukunft gehörte, dem Volk einzupflanzen und es reif zu machen für die notwendige Umgestaltung des Vaterlandes, die ja dann 1830 und 1848 durch eben diese Ideen zustande kam. Dazu ist folgendes zu bemerken.

Die Hauptgrundsätze der französischen Revolution, die Menschenrechte, die Rechtsgleichheit, die Volksherrschaft, sind Hauptgrundsätze unseres politischen Lebens bis auf den heutigen Tag. Aber sie sind es nicht dank jener Propagandisten und nicht dank der Helvetik. Was die Männer des Schweizerklubs, was Ochs und Laharpe mit ihrem revolutionären Idealismus erreichten, war die Auslieferung der Heimat an den Feind, der Heimat, die nun Europas Kriegsschauplatz wurde. Gewiß, der Zusammenbruch der Alten Eidgenossenschaft war nicht nur das Ergebnis politischer Beeinflussung; das schweizerische Staatsgebäude litt an schweren Struk-

turfehlern. Jahrhundertlang hatten die Schweizer nicht mehr um ihr Dasein kämpfen müssen, und darob war das Bundesleben verknöchert: der vaterländische Gedanke lebte bloß in den Gliedern, er umspannte nicht das Ganze. Eine Erneuerung tat not. Das wurde gefühlt und in der Helvetischen Gesellschaft lebhaft verhandelt. Dort wurde schon 1777 der Wunsch laut: „daß doch unsere Freistaaten nicht nur durch Bündnisse unauflöslich verknüpft, sondern zu einem ganzen Staat zusammengeschmolzen sein möchten, dessen Bürger alle gleiche Rechte und Verbindlichkeiten hätten“. Doch der Gedanke drang nicht ins Volk und war auch 1798 trotz der starken agitatorischen Bearbeitung noch lange nicht Allgemeingut. Was saß, waren — soweit die Propaganda Boden gefaßt hatte — höchstens die Schlagworte Freiheit und Gleichheit, die man sich handgreiflich auslegte, etwa als Freiheit von Zinsen und Zehnten, als Gleichheit im Lebensgenuß. Für die politischen Programmpunkte fehlten vielfach Verständnis und Bedürfnis; sie mußten großen Teilen des Volkes brutal aufgezwungen werden. Die helvetische Verfassung, vom Sieger diktiert, bedeutete die vollkommene Gleichschaltung mit Frankreich. Die neue politische Ordnung, eine Kopie der Direktorialverfassung Frankreichs, war eine rein französische Lösung der Frage der schweizerischen Staatsgestaltung. Das Grundrecht jedes freien Staates, über seine Regierungsform frei zu bestimmen, wurde von den Verkündern der Freiheit mit Füßen getreten. Es ehrt den Schweizer, daß er diesen Zustand als unerträglich empfand und bei jeder Gelegenheit gegen das fremde System zu der Waffe griff. Es ehrt ihn, daß, als der Franzose das Land verließ, dieses System vor dem Volkszorn wie ein Spuk verschwand.

Dreißig Jahre später ging der Kampf um Freiheit und Gleichheit wieder durch das Land. Aber er kam nicht von draußen. Aus dem eigenen Volke stieg er empor. Das Volk fand seine eigene Stimme; es schuf sich im konservativen und liberalen Blätterwald seine eigene Propaganda. Die große Auseinandersetzung zwischen Altem und Neuem vollzog sich nicht im Banne fremder Lockung, Drohung und Gewalt. Zuerst im kleinen Kreise der Kantone, dann im großen der Eidgenossenschaft erstritt der Schweizer aus eigener Kraft die Neuordnung des Vaterlandes. Die Regeneration der Dreißigerjahre, die Bundesverfassung von 1848 — das war die schweizerische Lösung der Probleme unserer Staatlichkeit, eine Lösung nicht durch das Ausland wie 1798, sondern gegen das Ausland.

Der Schweizer war in seiner Grundhaltung immer konservativ. Fremden Ideen begegnete er jeweilen mit Zurückhaltung und Mißtrauen. Nahm er sie auf, so geschah das nicht in Bausch und Bogen. Er schied aus, was dem Volkscharakter und dem Herkommen widersprach. Er bewies seine Stärke im Zurichten des Neuen für den eigenen Gebrauch. So erhielten Reformation, Absolutismus, Aufklärung, Freiheit und Gleichheit ihr besonderes schweizerisches Gepräge. Von den Forderungen der französischen Revolution wurde 1848 ausgesondert, was sich mit der eidgenössischen Ver-

gangenheit nicht vertrug, vor allem der starre Zentralismus; das herkömmliche Eigenleben der Bundesglieder blieb mit der nötigen Einschränkung gewahrt.

Unser Land wird immer Gedankenströmungen von draußen ausgesetzt sein. Das ist durch seine Lage in der europäischen Mitte und seine Vielsprachigkeit bedingt. Im Lauf der Geschichte hat der Schweizer aber immer wieder die Kraft und den Stolz aufgebracht, das Neue nicht unbesehen hinzunehmen; er hat es im Schmelztiegel seiner Sonderart umgeschmolzen, das Neue erbauert, Selbständiges, Eigenes daraus geformt und Wesensfremdes ausgeschieden. Damit hat er seine innere Unabhängigkeit behauptet, die die Voraussetzung der äußern ist. Das einzige Mal, da Kraft und Stolz dazu versagten, 1798, hat er es mit der Freiheit der Heimat bezahlt.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Nachklänge zum Fall Jacob. / Der „Adula“-Reinsfall. / Anerkennung von Sowjetrußland?

Die Verurteilung des Dr. Wesemann zu 3 Jahren Zuchthaus hat endlich den Schlußstrich unter jene Affäre Jakob-Salomon gezogen, die sich in einer ganz erheblichen Belastung unserer Beziehungen zu Deutschland ausgewirkt hat und auf die zu einem nicht geringen Teil die auch heute noch gereizte und ablehnende Stellungnahme eines großen Teiles unserer Bevölkerung gegenüber Deutschland zurückzuführen ist. Man hat zwar in letzter Zeit den Eindruck gewinnen können, daß das Ausmaß dieser ablehnenden Stellungnahme sich eher etwas vermindert habe, was wohl nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß das Interesse in den letzten Monaten im wesentlichen durch den italienisch-abessinischen Konflikt in Anspruch genommen wurde, vor allem aber und sozusagen täglich wieder neu durch das für uns geradezu grausame Versagen des Völkerbundes. Und diese Ablenkung war wirklich zu begrüßen, wie es denn auch nicht einzusehen ist, weshalb unsere große Presse und die Masse unserer deutschschweizerischen Bevölkerung sich täglich mit Problemen und noch mehr mit Einzelheiten der deutschen Innenpolitik beschäftigen sollen. Daß uns die großen Züge der deutschen Entwicklung andauernd beschäftigen, ist allerdings leicht zu erklären und daß wir mehr und mehr mit schmerzlichem Bedauern bei unserem nördlichen Nachbar ein deutliches Abzweigen von einer bisher immerhin relativ gemeinsamen Linie der Grundlagen politischer und kultureller Anschauungen feststellen, ist nicht weniger erklärlich; was aber bestimmt nicht nötig ist und im Interesse der guten Beziehungen vermieden werden sollte, das ist das ewige Herumstochern in dem Kleinkram der deutschen Innenpolitik, der uns eigentlich gar nichts angeht. Daß dort die Diktatur herrscht, das wissen wir doch nun bereits seit über 3 Jahren und wir müssen uns in Gottes Namen an diesen Zustand gewöhnen, den wir bekanntlich nicht ändern können. Die Hauptsache ist ja schließlich, daß wir als Nation im zwischenstaatlichen Verkehr von diesem System nichts merken und man uns mit seinen Auswirkungen in Ruhe läßt.

Dieser Grundsatz aber ist eben im Falle Jacob deutlich verletzt worden und das ist auch der Grund, weshalb diese Affäre im ganzen Schweizervolk und keines-